

DRINGLICHKEITSANTRÄGE.

1) Wirksame Maßnahmen gegen Stalking

GRin. **Edlinger** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grünen und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als „Stalking“ wird ein Verhalten bezeichnet, das darin besteht, eine andere Person zu verfolgen, ihr gegen ihren Willen Kontakte aufzuzwingen, etwa durch Telefonterror, das Zusenden von Briefen oder SMS oder durch das Abpassen bei ihrer Wohnung oder ihrem Arbeitsplatz. Typischerweise verwenden Stalker mehrere Methoden, oft dauert Stalking jahrelang. Motiviert ist Stalking entweder durch die Absicht, das Opfer zu kontrollieren oder zu beherrschen, oder im Falle beim Stalking prominenter Personen durch das Verlangen, im Leben des Opfers eine Rolle zu spielen und dadurch an Bedeutung zu gewinnen.

Stalking führt regelmäßig zu massiven Beeinträchtigungen der Opfer: Bei Stalking-Opfern dominieren starke Gefühle der Verzweiflung, der Angst und der Hilflosigkeit. Nach internationalen Studien zeigen sich bei etwa der Hälfte der Opfer post-traumatische Belastungsstörungen im klinischen Sinne. Die meisten Opfer sehen sich gezwungen, ihre Lebensumstände zu verändern. Langfristig ist eine schwer wiegende Folge von Stalking – wie im Übrigen von physischer Gewalt auch – die zunehmende soziale Isolation des Opfers.

Stalking ist ein weltweites Phänomen. In den USA sind laut Studien jährlich rund 1.000.000 Frauen und 400.000 Männer von massivem Stalking betroffen. Laut einer Umfrage von IFES, in Wien gemacht 2003, unter 1.000 Wienerinnen gibt jede vierte Befragte Erfahrung mit Stalking an. Nach internationalen Studien sind 80 Prozent der Stalking-Opfer Frauen und 90 Prozent der Stalker beziehungsweise Stalkerinnen Männer.

Stalking ist Gewalt. Als laufendes Aufzwingen von Kontakten ist Stalking gewissermaßen soziale Gewalt und wissentlich die Missachtung der Privatsphäre des Opfers, zu der das Recht des Opfers gehört zu bestimmen, mit wem es Kontakt haben will und von wem es in Ruhe gelassen werden will.

Den Staat trifft zur Verhinderung von Gewalt eine besondere, im Verhältnis zu anderen Aufgaben sogar vorrangige Verantwortung. Und auch die Gewalt in der Privatsphäre ist eine öffentliche Angelegenheit, weshalb das Opfer ein Recht auf staatliche Schutzmaßnahmen hat. Beispiele für eine Anti-Stalking-Gesetzgebung gibt es bereits in verschiedenen Ländern. So beschloss Kalifornien bereits Anfang der 90er Jahre ein Gesetz gegen Stalking. In Europa verfügen unter anderem die Niederlande, Schweden und Belgien über eine Anti-Stalking-Regelung. In Deutschland werden Aspekte von Stalking im Gewaltschutzgesetz erfasst und Initiativen für eine strafrechtliche Verankerung von Stalking bestehen bereits.

Mit der Erlassung des Gewaltschutzgesetzes, das am 1. Mai 1997 in Österreich in Kraft getreten ist, hat sich der Bundesgesetzgeber klar zum Schutz vor Gewalt in der Privatsphäre bekannt. Aus verschiedenen Gründen greift das Gewaltschutzgesetz jedoch gegenüber Stalking zu kurz: Wir müssen hier unterscheiden einerseits den polizeirechtlichen Teil und andererseits den familienrechtlichen Teil. Was den polizeirechtlichen Teil anlangt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) so schützt dieser vor Gewalt in Wohnungen und vor solchen Gewaltformen, die strafgesetzwidrig sind, was jedoch für typische Methoden des Stalking nicht zutrifft, die sind derzeit meist strafgesetzmäßig nicht verfolgbar. In beiden Hinsichten gehen die dem Familiengericht eingeräumten Möglichkeiten weiter: Die mit dem Gewaltschutzgesetz geschaffene einstweilige Verfügung in der Verantwortung des Familiengerichts ist nicht strikt an Gewalt im Sinne des Strafgesetzbuches beschränkt und umfasst zudem schon jetzt die Möglichkeit, einem Gewalttäter oder einer Gewalttäterin zu untersagen, mit dem Opfer, auf welche Weise immer, in Kontakt zu treten. Jedoch ist diese einstweilige Verfügung auf die Gewalt in der Familie beschränkt und setzt deshalb zwischen dem Täter/der Täterin und dem Opfer zumindest eine vormalige familienähnliche Beziehung voraus, etwa eine frühere Lebensgemeinschaft, eine Einschränkung, die wiederum dem polizeirechtlichen Teil nicht bekannt ist.

Wegen Lücken, die gerade eben skizziert wurden, im System des Gewaltschutzgesetzes hat die Sicherheitsexekutive gegen Stalkerinnen und Stalker gegenwärtig keine wirksame Handhabe und die Opfer finden sich allein gelassen. Deshalb ist es dringend notwendig, in einem nächsten Schritt die bezeichneten Lücken zu schließen.

Dazu bedarf es eines gerichtlichen Straftatbestandes, mit dem die fortgesetzte, grobe Belästigung des Opfers, insbesondere durch wiederholtes Anrufen, Zusenden von Botschaften oder Sachen, Abpassen oder Nachstellen und Verfolgen unter Strafe gestellt wird.

Die gegenwärtige auf die Familiengerichte beschränkte Befugnis, dem Gefährder oder der Gefährderin das Kontaktieren des Opfers sowie den Aufenthalt an Orten zu untersagen, an denen mit einem Zusammentreffen zu rechnen ist, ist auf die Exekutive zu erstrecken.

Es ist eine angemessene, insbesondere den Bedürfnissen des Opfers nach einer wirksamen Beendigung des Stalkings, entsprechende strafrechtliche Reaktionsform zu suchen.

Die wirksame Umsetzung dieser gesetzlichen Neuerungen ist durch organisatorische Maßnahmen im Bereich der Exekutive, der Staatsanwaltschaften sowie der Gerichte sicherzustellen. Dazu zählen als begleitende Maßnahmen insbesondere Schulungen aller beteiligten Organe.

Weiter ist dabei die Schaffung von Kompetenz- und Servicezentren im Bereich der Sicherheitsexekutive erforderlich, um dem prozesshaften Charakter von Stalking, dem Erfassen der verschiedenen Delikte, auch über Ortsgrenzen hinweg, eine organisatorische Maßnahme entgegenzubringen. Werte Kolleginnen, werte Kollegen, derzeit laufen gerade international die 16 Aktionstage gegen Gewalt an Frauen. Ich habe mir deswegen erlaubt, diesen Antragstext auch heute allen Fraktionen mit der bitte um Unterstützung und gemeinsames Einbringen vorzulegen, weil ich denke, dass es ein gutes Zeichen wäre, wenn die Stadt Graz, hier der Gemeinderat der Stadt Graz geschlossen folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

den ich namens der Fraktionen der SPÖ, ÖVP, KPÖ, GRÜNE und FPÖ einbringen möchte, beschließen möge:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Bundesregierung und den Nationalrat, wirksame gesetzliche und damit verbundene organisatorische Maßnahmen zu

treffen, damit Stalking verhindert werden kann, die Opfer geschützt werden können und auf Stalking angemessen strafrechtlich reagiert werden kann. Danke (*Applaus SPÖ, ÖVP und Teile KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin! Ich werde über die Dringlichkeit gar nicht abstimmen, nachdem alle fünf Fraktionen diesen dringlichen Antrag mitunterfertigt haben.

GRin. **Edlinger**: Kein Schlusswort, sondern nur ein Dankeschön für die breite Unterstützung von dieser Stelle aus (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Bereitstellung von zusätzlichem Lehr- und Betreuungspersonal für den Betreuungsteil an ganztägigen Schulformen am Nachmittag für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und außerordentliche SchülerInnen

GRin. **Bauer** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemeinsamer Antrag von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und Grüne zur dringlichen Behandlung. Betrifft: Bereitstellung von zusätzlichem Lehr- und Betreuungspersonel für den Betreuungsteil an ganztägigen Schulformen am Nachmittag für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und außerordentliche SchülerInnen.

Qualitativ hochwertige Betreuung für Schulkinder auch außerhalb der Unterrichtszeit ist den Eltern und den PädagogInnen ein großes Anliegen. Diese Betreuung ist zu einem sehr wichtigen Bestandteil des erweiterten Netzwerks der Familien geworden. Auch in ganztägigen Schulformen, die in verschränkter oder getrennter Abfolge geführt werden können, wird diese Betreuung angeboten.

Bei der Form der getrennten Abfolge wird der Nachmittag in die gegenstandsbezogene und in die individuelle Lernzeit sowie in einen Freizeitteil gegliedert. Für die Lerneinheiten werden auch am Nachmittag von der Landesregierung LehrerInnen bereit gestellt – gemäß Lehrplanverordnung handelt es sich dabei um jeweils fünf Wochenstunden pro Betreuungsgruppe.

Im Gegensatz zum Unterricht am Vormittag wird jedoch am Nachmittag nicht darauf eingegangen, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und auch außerordentliche SchülerInnen (Kinder, die aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse dem Unterricht nicht folgen können) auch im Lernteil eine erweiterte Betreuung benötigen. Während für den Unterricht in Integrationsklassen eine zweite Lehrkraft bereitgestellt wird, wenn sich mindestens vier SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Klasse befinden, sind bei der Berechnung der erforderlichen Lehrerkontingente für den Nachmittag alle SchülerInnen gleichgestellt und werden die besonderen Förderbedürfnisse nicht berücksichtigt.

In Graz werden 16 Pflichtschulen in der ganztägigen Schulform mit getrennter Abfolge geführt. Eine Ausnahme stellt eine 1. Klasse der Volksschule Liebenau dar, die seit dem Beginn des Schuljahres 2004/05 die verschränkte Form anbietet. An diesen Schulen werden 55 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und 58 außerordentliche SchülerInnen unterrichtet und betreut – ohne zusätzliche LehrerInnenkontingente, die aber natürlich auch am Nachmittag erforderlich wären.

Da die Betreuung und Förderung gerade für diese Kinder überaus wichtig ist, stelle ich namens der im Gemeinderat vertretenen Fraktion von ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und Grüne den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie für außerordentliche SchülerInnen in Entsprechung der Zusatzkontingente für den Unterrichtsteil auch für den Betreuungsteil am Nachmittag die notwendigen LehrerInnenkontingente bereitzustellen. Danke (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch hier sind alle fünf Fraktionen des Gemeinderates Antragsteller, deswegen brauchen wir auch hier nicht über die dringliche Behandlung abzustimmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Petition an den steirischen Landtag/Verwaltungsabgabe für den ruhenden Verkehr auf Landesstraßen im städtischen Bereich

GR. **Slamanig** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Slamanig**: Geschätzte Damen und Herren! Hier geht es um eine Petition an die steirische Landesregierung betreffend die Verwaltungsabgabe für den ruhenden Verkehr auf Landesstraßen im städtischen Bereich. Mit der Ausweitung der „Blauen Zonen“ in der Stadt Graz ist folgender Unrechtsstand aufgetreten: Bewohner/innen an Landesstraßen im städtischen Bereich wird bei Ansuchen um eine Ausnahmegewilligung eine zusätzliche Verwaltungsabgabe an das Land Steiermark mit Euro 87,21 pro Jahr in Rechnung gestellt, obwohl die Stadt Graz für die Parkraumbewirtschaftung zur Gänze aufkommt. Das bedeutet aber auch vor allem eine Ungleichbehandlung der Grazerinnen und Grazer.

Daher stelle ich namens der Fraktionen ÖVP, SPÖ und KPÖ den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle an das Land Steiermark mit dem Ersuchen herantreten, auf diese Verwaltungsabgabe für den ruhenden Verkehr zu verzichten, um die Gleichbehandlung der Grazer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, ihrerseits vor Erledigung dieses Ansuchens an die Steiermärkische Landesregierung alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um im Vorfeld dieser Petition zu einer zufriedenstellenden Erledigung zu gelangen (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Mayr** zum Antrag: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Sache mit der Verwaltungsabgabe bei der Ausstellung einer Ausnahmegenehmigung ist jetzt natürlich durch die Ausweitung der Kurzparkzonen besonders sichtbar geworden und darüber hinaus auch im Zusammenhang mit der Erhöhung der Parkgebühr im Rahmen der Ausnahmegenehmigung. Insofern vielleicht nur eine ganz kleine Korrektur, es war kein Unrechtzustand im rechtlichen Sinn, aber natürlich ein Zustand, den man den Bürgerinnen und Bürgern nicht erklären kann und daher auch die Petition an das Land, hier eine Abhilfe zu schaffen. Ein wesentlicher Punkt dabei ist, dass ich glaube (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und es gibt eben bereits seit 14 Tagen hier auch Gespräche des zuständigen Amtes, Mag. Pobatschnig und Stadtrat Rüschi bemühen sich hier auch, bereits im Vorfeld dieser allfälligen Petitionerledigung zu einer Lösung zu kommen, denn man muss dazusagen, dass die Stadt Graz bereits im Jahr 1997, glaube ich, eine Petition an das Land gerichtet hat, die bisher nicht beantwortet wurde. Wir hoffen daher, schon demnächst zu einer Lösung zu kommen, alle Parteien, nicht nur, die sich hier zu dem gemeinsamen Antrag bekennen, bemühen sich in diese Richtungen, und dieser

gemeinsame dringliche Antrag erledigt somit auch Anfragen und Anträge der anderen Fraktionen in genau diese Richtung. Wie gesagt, es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu erklären, warum es diese unterschiedlichen Verwaltungsabgaben bei den Ausnahmegenehmigungen gibt, bin aber überzeugt, dass es mit Anfang des nächsten Jahres zu einer befriedigenden Lösung kommt. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Jetzt darf ich Sie bitte wirklich alle ersuchen, die was zu erzählen haben und es nicht beim Mikrophon vorne tun wollen, dass Sie es vielleicht im Nebenraum, den wir eigens dafür hergerichtet haben, auch dann wirklich tun. Es ist einfach ein Geräuschpegel da, dass es kaum möglich ist, zuzuhören.

Heute haben wir viel Rechnungshofinteresse da, auch unser Stadtrechnungshofdirektor Terler ist heute wiedergekommen, wir möchten ihn herzlich begrüßen (*allgemeiner Applaus*).

Meine Damen und Herren! Zu dem Antrag möchte ich Ihnen aber auch noch schnell etwas sagen. Die Vergebührung von Ausnahmegenehmigungen auf Landesstraßen erfolgt auf Grund der Landesverwaltungsabgabenverordnung 2002. Nach dieser Verordnung ist eine Verwaltungsabgabe nach Tarifpost 80B für die Bewilligung von Ausnahmen von Verkehrsgeboten oder Verboten für eine mehrmalige Straßenbenützung je Fahrzeug und angefangenes Jahr von 87,21 Euro vorzuschreiben. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung etwa in der Form, dass auf die Einhebung verzichtet werden kann, ist in dieser Verordnung, und um die geht es, die müsste man ändern, nicht enthalten. Da gemäß Artikel 18 BVG die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden darf, wäre ein Verzicht auf die Einhebung unzulässig und impliziert einen Amtsmissbrauch. Das heißt, schaffen wir es nicht, dass das Gesetz geändert wird, wird sich auch an unserem Problem nicht ändern und diesbezüglich sollte dann unser Antrag auch ans Land herangetragen werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Erhaltung aller Tröpferlbäder in Graz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der Aufgabenkritik, die auf besonders starke Ablehnung stoßen, gehört die vorgesehene Schließung der städtischen Tröpferlbäder an den Standorten Gabelsberger- und Gaswerkstraße. Eine Auflassung dieser von vielen Grazerinnen und Grazern lieb gewonnenen Einrichtung trifft vor allem Menschen mit geringerem Einkommen. Gemeinschaften, die sich gebildet haben, werden auseinandergerissen. Ältere Menschen, meist wenig mobil und auf Geh-Hilfen angewiesen, fürchten um ihre Badeanstalten und bezeichnen die geplanten Maßnahmen als rücksichtslos. Die Tatsache, dass sich ein Komitee gegen die Schließung des Tröpferlbades gebildet hat, zeigt, dass es dafür einen gesellschaftlichen Bedarf gibt. Dieses ohnehin geringe Angebot darf nicht noch weiter reduziert werden.

Aus diesem Grund habe ich mich am 11. November in einer Anfrage an den Bürgermeister gewendet und die Abwendung der vorgesehenen Schließungen verlangt. Da ich den Eindruck habe, dass es zu keinem Umdenken seitens VP und SP gekommen ist, und weil die Zeit drängt,

stelle ich namens der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz lehnt die Schließung der Tröpferlbäder Gabelsbergerstraße und Gaswerkstraße ab (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben von Anfang an gewusst, als wir den Beschluss gefasst haben im Februar dieses Jahres, dass die Aufgabenkritik und deren Aufgaben wir uns zu stellen haben für alle Fraktionen miteinander keine leichte Partie sein wird. Für niemanden, für keine Fraktion, für keine Interessensvereinigung, für niemanden in dieser Stadt, das

war uns von Anfang an klar und wir haben es uns nicht leicht gemacht, nämlich wir, die ÖVP/SPÖ-Stadtregerung, im Hinblick auch auf den nächsten Montag, dem 13. Dezember, einen Budgetentwurf auf den Tisch zu legen für 2005 und ein hohes Maß, ungeachtet von notwendigen Verminderungen an Leistung, Überprüfung von Maßnahmen, die sich in den letzten Jahren angewachsen haben, ein hohes Maß an Gerechtigkeit, an sozialem Augenmaß und an notwendiger Leistungsvielfalt für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Natürlich sind wir sehr sensibilisiert, weil wir auf der einen Seite sehen, dass es 500 Unterschriften gegen die Schließung des Tröpferlbades gibt, das ja genau genommen verlegt werden soll, und dass diese Initiative von mehreren Gruppen kommt und deren Sprecher der Herr Wogg auch mehrere Gespräche mit uns und insbesondere auch mit Repräsentanten der Stadtregerung und dem Liegenschaftsreferenten Stadtrat Dr. Riedler geführt hat. Ergebnis der Besprechung war ja auch ein Auftrag an die Liegenschaftsverwaltung zur Ausarbeitung eines Angebotes, um auch die Kosten zu ermessen für eine Weiterführung. Angedacht wurde und wird ja auch die Führung über einen Verein oder sonstige Betreiber und es wird ja auch an Alternativen bei einer solchen Kostenkalkulation gedacht. Möglicherweise der Erlass der Leasingrate, um nur mit den Betriebskosten das Auslangen zu finden. Diese Gespräche sind nach wie vor im Gange und weiterführende Gespräche sind erforderlich, noch dazu, wo, soviel ich weiß, auch in der zuständigen Abteilung unseres Hauses ein entsprechendes Angebot eines privaten Betreibers detto vorliegt. In dem Sinne können wir, ich sage das namens der ÖVP- und der SPÖ-Stadtregerung und auch der Fraktionen, keine Dringlichkeit sehen, weil wir diese Gespräche, die notwendig sind, sowohl mit denen, die Interesse haben, es weiterzuführen, auch im Interesse des privaten Betreibers, der sein Angebot auf den Tisch gelegt hat, nicht zu verunmöglichen, sehen wir keine Notwendigkeit für die Dringlichkeit und müssen die Dringlichkeit ablehnen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Wir werden der Dringlichkeit sehr wohl zustimmen, der Antrag lautet ja, diese Bäder nicht zu schließen und wir meinen, dass es ein soziales Grundbedürfnis ist, dass die Stadt in welcher Form auch immer solche Bäder zur Verfügung stellt.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Hoffentlich denkt die Bundesregierung auch so.

GRin. **Binder:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Die Grünen stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zu.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Mag. **Fabisch:** Ich habe es befürchtet, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wieder ein Beispiel, wie in Folge einer unglaublichen Verschwendungspolitik der letzten Jahre, vor der die KPÖ gewarnt hat, wie heute die Lebensqualität von Grazerinnen und Grazern darunter zu leiden hat (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Stadtplanung und Bauwesen in der Stadt Graz

GR. Mag. **Candussi** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Candussi:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Vermehrt und oft schmerzlich müssen wir seit mehreren Monaten beobachten, wie sich das Register der Grazer Bausünden in einem schon lange nicht mehr da gewesenen Wachstum befindet. Nicht zuletzt das Bauprojekt der Porr AG am GKE – Gelände, das uns dieser Tage in seiner endgültigen „Pracht“ zur Kenntnis gebracht wurde, hat uns deutlich die Grenzen der Grazer Stadtplanung vor Augen gehalten. Für die, die nicht wissen,

worum es geht, ich erinnere, wir hatten eine lange Diskussion bei der Erstellung des Bebauungsplanes, die als Teilerfolg zumindest einen städtebaulichen Wettbewerb auf diesem Areal ermöglicht hat. Es hat dann auch ein wirklich tolles Siegerprojekt gegeben vom Architekten Bernthaler, das vielleicht dem einen oder anderen bekannt ist und ich weiß nicht, ob Ihnen nun bekannt ist, was nun seit wenigen Tagen dort tatsächlich gebaut wird. Es war wirklich an diesem Punkt, der städtebaulich immens wichtig ist für die Stadt und wo man gesagt hat, das ist ein Punkt, wo man auch sinnvoll in die Höhe gehen kann und wo man für die neu zu entwickelnde Eggenberger Allee eine wirklich tolle Eingangssituation hinbringen kann, dort prangt auf einer Bautafel nun ein Objekt, das so ausschaut, als hätten wir irgendeinen letztklassigen Architekten aus dem Dresden der 70er-Jahre importiert und dort bauen lassen.

GRin. Edlinger: Nichts gegen Dresden.

Mag. **Candussi**: Nichts gegen Dresden, aber Dresden in den 70er Jahren hat sich architektonisch nicht wirklich Ruhmesblätter verdient. Es ist ein Projekt, das so großartig ist, dass sich die Architekten offensichtlich sogar scheuen, ihren Namen auf der Bautafel zu verewigen. Es würde nämlich niemand vermuten, dass das die gleichen Architekten sind, die das Kunsthausprojekt erfolgreich abgewickelt haben. Ich an ihrer Stelle würde meinen Namen auch nicht drunter schreiben, aber ich würde dafür plädieren, dass die Stadt sich zumindest bei den Architekten revanchiert und schaut, dass auf der Bautafel oder daneben irgendwo der Name des Architekturbüros erscheint. Wer interessiert ist, das zu sehen, es ist nicht nur das Lindgrün nicht besonders gelungen, sondern es ist auch die formale Gestaltung, man kann es gerne anschauen. Das von der Stadt im Sinne einer übergreifenden Stadtplanung Gewollte wird in dem von den Investoren Umgesetzten nicht wiederzufinden sein. Ähnliches droht nun auch bei der geplanten Bebauung des Messequadranten. In einer sehr bescheidenen Rolle wird die Stadt Graz das Entstehen eines neuen Stadtteiles nach den profitorientierten Wünschen

finanzstarker Investoren als beinahe unbeeinflussbar zur Kenntnis nehmen müssen und wir sind jetzt auch wieder dort, dass wir zwar Absichtserklärungen haben, dass es Bereitschaft zu Wettbewerben gibt, aber wir haben kein Instrumentarium, das tatsächlich rechtlich relevant und für die Stadt abgesichert durchzuführen. Für das genannte Areal gibt es nicht einmal die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplans und das ist, glaube ich, das Erschütternde. Als uns der Messequadrant, das Projekt Messequadrant noch vor nicht allzu langer Zeit vorgestellt wurde, hat es geheißen, das ganz klar im Interesse der Stadt Graz die Flächen, die von der Messe an private Bauträger verkauft werden sollen, ich weiß nicht, ob das irgendjemanden interessiert in diesem Haus, aber es geht doch um die Entwicklung von zwei großen Stadtteilen und die sollten möglicherweise nicht so ausschauen, wie das GKE-Gelände in absehbarer Zeit aussieht. Vielleicht sagt mir jemand, dass es ihn eh nicht interessiert, dann höre ich auf.

GRin. Krampl: Mich interessiert es.

Mag. **Candussi:** Das ist schön Dagmar (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ähnliches droht nun eben auch bei der geplanten Bebauung des Messequadranten, denn für das genannte Areal gibt es nicht einmal die Pflicht zur Erstellung eines Bebauungsplanes und das, obwohl in dem Papier, das uns zum Messequadranten vorgelegt wurde, ganz dezidiert drinnen steht als Interesse der Stadt, dass die Flächen, die an private Investoren verkauft werden sollen, dass für diese die Bebauungspflicht erwirkt werden soll und dass die dafür notwendige Flächenwidmungsplanänderung für November angepeilt werden soll. Gegenteilig haben wir bei einer Bürgerinformation in der letzten Woche erfahren und zwar von einem Vertreter der Stadtbaudirektion, dass auf diese Geschichte verzichtet wird, weil man dadurch ja der Messe einen Schaden anrichtet, weil man dadurch, dass man Bebauungspflicht einführt, den Kaufpreis für das Grundstück womöglich reduziert. Das heißt, wir ermöglichen der Messe ein besseres Verkaufsergebnis und

verzichten dafür auf die Sicherstellung oder auf einen Teil der Sicherstellung von städtebaulicher Qualität, und das halte ich für irgendwie bedenklich (*Applaus Grüne*).

Aber auch wenn es diese Pflicht gibt, und auch dafür gibt es in der jüngsten Vergangenheit mehrere traurige Beispiele, kann die Stadt mit der bloßen Erstellung eines Bebauungsplans den Anforderungen moderner, ökologischer Stadtplanung nicht mehr gerecht werden. Es bedarf über die bestehenden Planungsinstrumente hinaus zumindest der Etablierung einer intensiven und breiten Wettbewerbstätigkeit, die es ermöglicht, sowohl aus dem Kontext der Stadtentwicklung als auch aus dem Kontext der Architektur die größtmögliche Vielfalt für diese Stadt zu erzielen.

Um alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten für die Einrichtung eines Verfahrens auszuloten, das den Interessen der Stadt gegenüber den Investoren zu einer Durchsetzung verhilft, stelle ich den folgenden (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), es hilft nichts, Herr Bürgermeister, es geht nur um Stadtentwicklung das interessiert da herinnen niemanden,

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt,

1. ausgehend von den im Motivenbericht aufgezeigten Tendenzen, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, der sämtliche rechtlichen und faktischen Möglichkeiten zur Stärkung der Stadt gegenüber Bauträgern und Investoren auflistet,
2. die erarbeiteten Maßnahmen sind unter entsprechender Angabe der für ihre Umsetzung zuständigen Organe dem Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung bis spätestens März 2005 zur Diskussion vorzulegen.

Und für die, die es in der Kurzfassung haben wollen: Der Antrag lautet nichts anderes als, was können wir im Gemeinderat tun, um so etwas wie es am GKE-Gelände passiert ist, in Hinkunft verhindern und können wir darüber in absehbarer Zeit im Planungsausschuss konzentriert und nach Vorlage entsprechender Unterlagen darüber diskutieren. Ich freue mich oder ich rechne eigentlich mit einer breiten

Zustimmung für diesen Antrag, der ja wirklich nichts Böses oder Amoralisches will. Danke.

GRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu.

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Die ÖVP-Fraktion wird der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass man sich durchaus im Rahmen der vorhandenen gesetzlichen Vorgaben, Möglichkeiten und Schranken auf die entsprechende Fach- und Sachkundigkeit auch der Ämter in der Stadtbaudirektion auch bei den Verhandlungen mit dem jeweiligen Investor bei der konkreten Bauumsetzung verlassen wird können. Beispielsweise ist beim Messequadranten Herr Stadtrat Rüschi im Gespräch mit der Grazer Wechselseitigen, mit einem Investor dort, und ein städtebaulicher Wettbewerb wird derzeit ausverhandelt. Es gibt dort deshalb keine Bebauungsplanpflicht, da bei der Flächenwidmungsplanerstellung seinerzeit nicht gedacht war, dass überhaupt Flächen zur Bebauung freigegeben werden können. Beim GKE-Gelände, meine Damen und Herren, gibt es einen Bebauungsplan mit einstimmiger Beschlussfassung sowie das Ergebnis eines städtebaulichen Wettbewerbs. Derzeit wird ein Drittel des Bauvolumens umgesetzt und verwirklicht und die Wettbewerbskriterien und Vorgaben werden erst bei den nächsten Bauschritten umgesetzt. Somit ist keine Dringlichkeit aus unserer Sicht gegeben (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Krampl**: Meine Damen und Herren! Ich kann dem Herrn Gemeinderat Candussi in sehr vielen Punkten folgen, die er jetzt angeführt hat, vor allem auch GKE-Gelände, über Geschmäcker lässt sich streiten, es ist nicht unbedingt ein Projekt, das mir sehr gut gefällt, aber es ist halt in Fragen Architektur und Gestaltung meistens ein Dilemma. Was den Messequadranten angeht, Herrmann, ich will dich

fragen, warum hast du nicht gleich den dringlichen Antrag gestellt, dass hier ein Bebauungsplan beschlossen wird oder beziehungsweise die Pflicht besteht, einen Bebauungsplan zu erstellen? Es ist dort zugesagt worden und garantiert und da kannst du sicher sein, dass auch wir als SPÖ unbedingt darauf pochen werden, dass für dieses Gelände der zugesagte Gestaltungswettbewerb kommt, der meines Erachtens auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten und eine sinnvollere Gestaltung dieses Geländes ermöglicht. Aber abgesehen davon, von diesen konkreten Projekten, wird die SPÖ deinem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkennen, weil wir in den Punkten, die du in dem Antrag forderst, keine Dringlichkeit sehen und zweitens auch keine Chance sehen, diese Punkte an der großen Problematik, die wir immer wieder haben, im Zusammenhang mit Bauten, Planungen, Bauvorhaben, dass dieser Antrag irgendetwas an der Problematik ändern könnte. Es würde nichts ändern an den permanenten Interessenskonflikten, es würde nichts ändern an den unterschiedlichen Vorstellungen, die unterschiedliche Menschen haben, was Aussehen, was Gestaltung, was Grünraum anbelangt, es würde nichts ändern. Was die rechtlichen Möglichkeiten anbelangt, die die Stadt Graz hat, die wir als Gemeinderat haben, gestaltend auf diverse Bauvorhaben einzugehen oder einzuwirken, glaube ich, dass diese Instrumente sehr, sehr groß sind. Es gibt das Instrument des Bebauungsplanes, und allein in der Stadt Graz sind 164 Bebauungspläne beschlossen worden, mit zwei Drittelmehrheit des Gemeinderates, die meisten einstimmig und viele Bebauungspläne sind auch in der Zeit der Auflage umgestaltet worden bis zur Beschlussfassung. Und in vielen Bebauungsplänen wurde intensiv auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger eingegangen. Allen recht getan ist eine Kunst, die einfach niemand kann, und wie gesagt, es wird auch dein Antrag Auflistung aller Maßnahmen, nichts daran ändern. Und was mich oder was uns in deinem Antrag ein bisschen gestört hat, ist, dass du es so darstellst, als würde in der Stadt alles schlecht sein, als würde es in der Stadt Graz keine Baukultur geben. Also du kannst sicher sein, Hermann Candussi, und in Wahrheit weißt du das auch, dass unser Verwaltungsapparat Beamte, aber auch der Gemeinderat sehr wohl dafür sorgt, dass Investoren nicht, wie du es fast nennst, die so genannte Narrenfreiheit haben, sondern eigentlich ganz im Gegenteil, weil wie sonst ist es zu erklären, dass, wenn man mit Investoren spricht, die eher sagen so auf die Art, in der Stadt Graz, also da ist es ganz, ganz besonders schwierig, hier irgendetwas durchzusetzen. Also Graz hat ganz sicher nicht den Ruf und auch nicht die

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtplanung, jedem Investor, der nur ein bisschen Geld in die Hand nimmt, Tür und Tor zu öffnen. Abgesehen davon, von den Bebauungsplänen wirkt auch die Stadtplanung sehr intensiv mit im Rahmen des Bauverfahrens und die Stellungnahmen der Stadtplanung sind nicht immer oder meist nicht sehr beliebt bei den Investoren. Was die Dringlichkeit anbelangt, das hat Gemeinderat Topf schon gesagt, aber was auch klar ist, wie gesagt, wir sind gegen Dringlichkeit, weil wir keinen Sinn darin sehen, aber klar ist für uns auch, dass es immer wieder Verbesserungsmöglichkeiten geben kann und muss und dass es auch unbedingt erforderlich ist, sage ich jetzt einmal, die Sensibilität gewisser Planer ein bisschen auf den Vordermann zu bringen, die manchmal, sage ich jetzt einmal, zu wünschen übrig lässt, was aber mit keinem gesetzlichen Instrument in dem Sinn in den Griff zu bekommen ist. Was wir uns als Fraktion vorstellen könnten wäre, nämlich um den Intentionen dieses Antrages gerecht zu werden, dass wir in Graz, vielleicht bei der nächsten Gemeinderatssitzung oder im Jänner einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen oder Parteien einbringen, einen Gestaltungsbeirat in Gestaltungsfragen und Planungsfragen in der Stadt Graz einzurichten, der eben mithelfen sollte, die Sensibilität zu steigern und einfach die Qualität des Bauens und Planens in unserer Stadt weiterhin zu sichern. In diesem Sinn ein Nein zur Dringlichkeit, ein Ja zu einer weiteren qualitätsvollen Verbesserung und ein Ja zu einer jederzeitigen Diskussion im Planungsausschuss, das können wir auch ohne dringlichen Antrag demnächst, bei der nächsten Gelegenheit machen und stundenlang, wenn es sein muss. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Wir werden der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben, wir meinen, dass die rechtlichen Möglichkeiten, wenn sie die Stadt ausnützt, genug vorhanden sind und wir wollen auch nicht, dass man Investoren a priori von Graz vertreibt. Und eines möchte ich schon auch noch dazusagen, irgendjemand hat gesagt, über Geschmack lässt sich streiten. Auch nach Gestaltungs- und Architekturwettbewerben lässt sich über Geschmack streiten (*Applaus Teile SPÖ*).

Mag. **Candussi**: Ich finde es sehr lustig, einerseits kriegt man die Ablehnung der Dringlichkeit und andererseits kriegt man die Zusage, dass das jetzt dann passiert.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Candussi**: Die Dagmar sagt, sie lehnt meinen Antrag ab, aber selbstverständlich können wir im Ausschuss darüber diskutieren und nichts anderes ist eigentlich Gegenstand des dringlichen Antrages. Insofern tut mir diese Ablehnung nicht ganz so weh, weil ich weiß, dass es halt dann unter, es mag halt dann ein anderer sein Fahnderl draufhängen oder jemand anderer, dass diese Diskussion geführt wird, soll sein. Mir geht es darum, dass die Diskussion geführt wird. Es gibt aber doch einiges zu entgegnen. Erstens ich habe nicht den Begriff Narrenfreiheit für Investoren verwendet, das möchte ich klarstellen.

Zwischenruf GRin. Krampl: Quasi.

Mag. **Candussi**: Zum Zweiten, ich möchte nicht gegen die Investoren arbeiten, sondern ich möchte durchaus auch im Sinne der Investoren, und ich höre das auch von der Seite von Planern und Investoren immer wieder, dass sie sich eines wünschen, nämlich Klarheit vor Beginn ihrer Aktivitäten, weil daran krankt es unter anderem auch, auch die Investoren haben, und das verstehe ich auch, ihren Frust, dass sie Dinge entwickeln und vorher mit ihnen nicht klare Spielregeln vereinbart sind und sie dann im Nachhinein mit Verfahrensverzögerungen zu rechnen haben, Dagmar, und ich denke mir, da sind wir nicht weit auseinander, es geht nicht um das pure Einbremsen von Investoren. Der nächste Punkt, wenn es um Geschmack geht,

ich glaube, es ist keine Geschmacksfrage, sondern man kann sehr wohl städtebauliche Qualität definieren und wenn ich mir anschau, was am GKE-Gelände passiert (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), da sage ich, das hat mit Geschmack wirklich nichts mehr zu tun, aber dagegen sind die Ambulatoriumsgebäude der Gebietskrankenkasse spannend, gegen das, was dort entsteht, das ist wirklich Plattenbauqualität. Wenn es heißt, wir hätten keine Dringlichkeit, dann verweise ich noch einmal auf das Beispiel der Messe, da ist Dringlichkeit gegeben und es war genau beim GKE-Gelände so, dass der Stadtrat Rüschi immer betont hat, es ist doch das Beste, wir entwickeln Grundstücke gemeinsam mit den Investoren und dann werden wir schon mit dem Goodwill dieser Investoren zu guten Lösungen kommen, und ich sage auch, das kann der Fall sein, die Marienmühle ist ein gutes Beispiel, wenn es dort wirklich so gebaut wird, sage ich, dass Qualität entstehen kann. Das GKE-Gelände hätte ein Beispiel sein können, wenn das gebaut worden wäre, was tatsächlich das Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbes war, nur wenn es dann knallhart um die Kohle geht, dann ist der Goodwill der Investoren weg und auch das gute Verhältnis zum Stadtrat offenbar, weil dann wird etwas gebaut, womit er bei Gott auch nicht glücklich ist. Es geht darum, sich nicht dem Goodwill auszuliefern, sondern klare Spielregeln zu vereinbaren. Du hast einen Begriff, ich bin nicht einmal so konkret geworden wie du, um dem Antrag vielleicht die Zustimmung zu geben. Der Gestaltungsbeirat wäre ein gutes Instrumentarium dafür, ich mag es aber von hier nicht ex cathedra sagen, sondern ich mag im Ausschuss darüber diskutieren.

Zwischenruf GRin. Krampfl: Dann machen wir das gemeinsam.

Mag. **Candussi:** Die Forcierung von zweistufigen Wettbewerben, und zwar zweistufigen Wettbewerben, wäre meines Erachtens ein zweites und eben das Nachdenken darüber, was braucht es, damit wir die verpflichtend öfter einsetzen können. Genau darum wäre es gegangen. Es tut mir Leid, dass die Zustimmung nicht da ist, ich bin guter Dinge, dass es letztendlich doch eine Mehrheit gibt für diese

Vorschläge, vielleicht ist es der einen Partei lieber, es kommt von ihrem Stadtrat der Vorschlag und nicht auf Antrag des siebenten Zwerges von links im Gemeinderat. Den Gefallen kann ich Ihnen machen, mir geht es in diesem Fall wirklich um die Qualität in dieser Stadt. Und Dagmar, wenn du mir jetzt sagst, ihr stimmt zu, dann mache ich sofort als dritten Punkt zu meinem Antrag den Zusatzantrag, die Stadt Graz möge alles in die Wege leiten, um die Bebauungsplanpflicht für die zum Verkauf stehenden Grundstücke auf der Messe einzuführen. Wenn du mir sagst, ihr könnt dem zustimmen, formuliere ich diesen Zusatzantrag dazu oder bringe ihn in der nächsten Sitzung ein, wenn wir dafür die Zustimmung haben bitte. Ich halte es für wichtig, der Bebauungsplan ist leider allein nicht ausreichend, wie wir sehen, aber es ist eine Qualitätsstufe, die einmal der Stadt ein wenig von dem sichert, was sie für sich beanspruchen kann: Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Tiefgaragenförderung durch Handelsmarketing GmbH

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Der nächste Dringliche, wo ich schon sehr neugierig bin auf die Argumente der Ablehnung. In dieser Stadt hören wir ja laufend, dass die Stadt kein Geld hat, dass sie ihre Pforten zusperrern muss, dass sie sich massiven Verkehrsproblemen, eine Stadt in der Krise, ist aber gleichzeitig offensichtlich auch eine Stadt, die ein Phänomen ist: Denn diese Stadt leistet sich so einiges, obwohl sie`s angeblich nicht hat.

So zum Beispiel leistet sie sich auch mehrere Gesellschaften und gar nicht wenige, davon zwei, die Handelsmarketinggesellschaft und eine Parkraumbewirtschaftungsgesellschaft, die besser als jeder Autofahrerklub die Interessen jener Menschen vertreten, die ohne Auto nicht sein können, fragt sich, ob es die Aufgabe und die Zielsetzung dieser zwei Gesellschaften sein sollte. Und sie nehmen dafür auch gutes Geld in die Hand, öffentliches Geld, Geld ihrer Eigentümerin. Die Handelsmarketinggesellschaft wurde gegen die vielfältigen, berechtigten Bedenken der Opposition und nicht zuletzt ohne ein konkretes, mittelfristiges Konzept erst im heurigen Jahr gegründet. Weil alles ganz, ganz schnell gehen musste und da ja ein großes Budget zur Verfügung gestellt werden musste, hat man noch 850.000.– Euro für die restlichen drei Monate auf den Weg gegeben. Und das alles ohne einen für den Gemeinderat nachvollziehbaren Hinweis darauf, wofür dieses kolossale Geld denn innerhalb der letzten drei Monate ausgegeben werden soll.

Wenn man jetzt die lokale Presse in den letzten Tagen studiert hat und dann auch die Anzeigen genauer angeschaut hat, dann sind einem mehrfach in allen möglichen Zeitungen in der Stadt Graz ganzseitige bis halbseitige Inserate untergekommen, die Gratisparkplätze bewerben. Da sieht man, was mit einem nicht geringen Teil des Geldes geschehen ist. Ganzseitige Inserate, die für Gratisparkplätze in den Tiefgaragen werben, haben uns drastisch vor Augen geführt, wofür die Stadt, nämlich genau die Stadt, die es sich eigentlich nicht mehr leisten kann, ihr offenbar doch nicht zu geringes Budget verwendet. Es ist natürlich schön, wenn Leute einkaufen gehen können und dabei gratis parken können, da freut sich Frau und Herr AutofahrerIn, schön auch, wenn die Parkgaragenbetreiber profitieren, weil sie endlich doch ein paar NutzerInnen mehr verzeichnen, wenn man zwischendurch einmal in die Pfauengartengarage schaut, dann gähnt die einem ja entgegen vor lauter Leere. Nur - diese Parkplätze muss eben irgendwer bezahlen. Und das sind privat genutzte Parkplätze, aber die zahlt natürlich die Stadt Graz. Auch die entsprechenden Inserate muss man bezahlen. Wer, wenn nicht die Stadt Graz?

Ich möchte nur sagen, so ein Inserat, dieses hier kostet 15.500,- Euro netto.

Zwischenruf GR. Schönegger: Für die Grünen.

GRin. **Rücker:** Nein, nicht nur für die Grünen, ich habe mich ja erkundigt. Dies sind die Kosten für nur ein solches Inserat, wenn man mehrere zusammenrechnet, dann kann man sich ausrechnen, was man damit noch finanzieren könnte. Zwei solcher Inserate würden ermöglichen einen ganzen Tag lang gratis ÖV-Benutzung in Graz. Wäre meiner Meinung nach eher in die Richtung einer sinnvollen Verkehrspolitik zu denken, wenn man schon sagt, die Gesellschaften, die der Stadt gehören, sollten auch die übergeordneten Ziele dieser Stadt verfolgen. Aber offensichtlich gibt es diese Ziele nicht in der Verkehrspolitik und deswegen wird da fleißig Geld in Gratisparken investiert.

Irgendwie haben wir uns offensichtlich zu früh gefreut, dass die Tiefgaragenförderung schon der Vergangenheit angehört. Wir haben jetzt eine andere Möglichkeit gefunden, die Tiefgaragen weiterhin öffentlich zu subventionieren.

Man sollte davon ausgehen können, dass sich irgend jemand - hoffentlich auch der jeweilige Aufsichtsrat – sehr gut überlegt hat, welche längerfristige Strategie hinter dieser Maßnahme steckt. Man sollte, wohlbemerkt, denn der Gedanke drängt sich auf, dass es hier darum geht und auch hinter der Handelsmarketinggesellschaft, und man sollte das, weil irgendwie drängt sich der Gedanke auf, dass es hier darum gegangen ist, möglichst schnell noch, vor Jahresende, weil das Budget ist ja für dieses Jahr zur Verfügung gestellt worden, möglichst viel Geld beim Fenster rauszuwerfen, da sonst womöglich der großzügigen Zuschuss an die Gesellschaft gar nicht mehr aufgebraucht werden könnte. Unsere Meinung nach ist das Geldvernichtung zur Konterokarierung einer sinnvollen Verkehrspolitik auf Kosten der Ökologie und das ist wirklich das Letzte, was wir uns derzeit in der Stadt Graz leisten können, dieser Stadt, die kein Geld hat, die die Feinstaubstadt Nummer 1 ist und die die Stadt ist, die mit einem massiven Verkehrsproblem konfrontiert ist.

Deswegen unser Antrag, damit dem rechtzeitig entgegengesteuert werden kann, stelle ich jetzt namens meiner Fraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die Eigentümervertreter der Stadt Graz werden beauftragt, an die Geschäftsführer der Handelsmarketing GmbH und der Grazer Parkraummanagement GmbH heranzutreten, um eine sofortige Einstellung der laufenden Tiefgaragenförderung beziehungsweise der Förderung des motorisierten Individualverkehrs durch die genannten Gesellschaften zu erwirken,
2. ein neuerlicher Beschluss über einen möglichen Gesellschafterzuschuss an die Handelsmarketing GmbH ist erst nach Vorlage und Abstimmung, nämlich mit den Zielen der Stadt, eines detaillierten, mittelfristigen Strategiepapiers herbeizuführen.

Ich bin jetzt sehr neugierig auf die Argumente der Fraktionen, die der Dringlichkeit dieses Antrages nicht stattgeben werden (*Applaus Grüne*).

GR. **Schmalhardt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Danke, Lisa, für diesen dringlichen Antrag. Das ist ein Beispiel, die Parkplatzförderung in der Tiefgarage einer Geldverschwendung von einer Stadt, die kein Geld mehr hat. Heute haben wir im Finanzausschuss ein Stück diskutiert, Mittel zur Verfügung der GPG in der Höhe von Euro 250.000,-. Jetzt wissen wir, wo das Geld hingeht. Wir haben zwei wunderbare hochgeliebte Gesellschaften, die ausgelagert aus der Stadt, die Geschäftsführer beschließen dort Förderungen mit Steuergeldern, meine Damen und Herren, das ist das, was mich stört. Wenn die Gesellschaften sich selbst ihr Geld erwirtschaften würden, dann wäre mir egal, wenn die zwei Geschäftsführer das Geld verschwenden. Aber bitte, sie

verschwenden Steuergelder, das wir hier als Eigentümerzuschuss beschließen und darum schließen wir uns diesem dringlichen Antrag an. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf voranstellen, wir werden namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion diesem Antrag beziehungsweise der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das wäre auch verwunderlich gewesen.

Mag. **Frölich**: Der Grazer Handelsmarketinggesellschaft und der GPG ist es gelungen, unter Einbindung, wie wir hier gerade gesehen haben, von Printmedien und der Antenne Steiermark eine Aktion ins Leben zu rufen, die ein sehr klares Ziel vor Augen hat: durch die Kooperation effektiv und effizient die Beseitigung von Standortnachteilen der innerstädtischen Wirtschaft und der innerstädtischen Handelsbetriebe zu unterstützen. Das folgt ganz klar dem Ziel und der Aufgabenstellung der Handelsmarketinggesellschaft, den Handel zu fördern und damit die Existenz von hunderten Betrieben und die Arbeitsplätze tausender Handelsangestellter in diesen innerstädtischen Betrieben zu sichern. Wir sind auch deshalb gegen die Dringlichkeit, weil wir wissen, dass die Handelsmarketinggesellschaft, aber auch die GPG, meine Damen und Herren, keinen einzigen Euro in die Hand genommen hat, um eine Tiefgaragentarifstützung zu machen. Der Parkgebührenentfall, meine Damen und Herren, wird ausschließlich von den jeweiligen Garagenbetreibern, die sich an dieser Aktion beteiligen, getragen. Darüberhinaus darf ich Ihnen auch berichten, dass ich mich informiert habe, und die von Ihnen angesprochenen Inserate und Produktionskostenbeiträge, wenn Sie so wollen, sind von beiden Gesellschaften mit bisher 20.000,- Euro finanziert worden; wenn ich das in einen marktgerechten Werbewert umsetze (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dann habe ich einen Werbewert von 250.000,- Euro,

der hier durch Synergien zwischen den Medienpartnern und den beiden Gesellschaften erreicht wurde. Wir sind aber auch ganz fest davon überzeugt, dass es hinsichtlich der angesprochenen Feinstaubproblematik von enormer Bedeutung sein muss, alles, aber auch alles zu tun, um das große Potential und die große Belastung durch den Parkplatzsuchverkehr, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, 150.000 Kilometer werden in Graz zurückgelegt. 150.000 Kilometer fahren Autos im Parkplatzsucherverkehr (*Applaus ÖVP*). Mit dieser Aktion machen wir Suchverkehr, wird Suchverkehr zu Zielverkehr, die Fahrzeuge fahren direkt in die Parkgaragen, dort wird geparkt und die Feinstaubproblematik ist in diesem Bereich reduziert (*Applaus ÖVP*). Ich darf Ihnen sagen, wir halten es ganz grundsätzlich für ein richtiges Signal, dass wir leistungsfähige Tiefgaragen, die wir errichtet haben, die ihre Auslastung noch nicht erreicht haben, bewerben, dass wir leistungsfähige Tiefgaragen zur Verfügung stellen für Parkplatzsuchende, für Kunden unserer innerstädtischen Betriebe, für jene Menschen, die die Handelsbetriebe sichern, die die Arbeitsplätze in diesen Betrieben sichern. Wir sprechen von 5.600 Betrieben, die von Handelsmarketing betreut werden, 18.600 Menschen arbeiten dort, das sind die Ziffern und nachdem Sie Park-&-Ridesituationen in dieser Stadt mit viel Einsatz verhindern, möchten Sie jetzt auch noch dazu beitragen, dass der Parkplatzsuchverkehr vielleicht auch noch ungehindert weiter bestehen kann. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: (Begibt sich nicht zum Rednerpult). Auch wir werden der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben, wir können uns im Wesentlichen den Ausführungen vom Kollegen Frölich anschließen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um unsere Innenstadt am Leben zu erhalten, das wissen wir und das Parkplatzproblem, auch dann wie alle anderen Städte, ist eines der wichtigsten... und die Kaufkraft hier in der Stadt zu erhalten (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GRin. Mag. **Bauer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Lisa! Die inhaltlichen Argumente kann ich sehr wohl nachvollziehen. Dass Fahren und

insbesondere der motorisierte Individualverkehr unserem Feinstaubprogramm, das zu mindern, oftmals zuwiderläuft. Ich möchte drei Argumente anbringen, warum wir der Dringlichkeit nicht zustimmen werden. Die drei Argumente sind jene, dass es Gemeinderatsbeschlüsse gibt, wie zum Beispiel das Feinstaubpaket, ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss, wo Maßnahmen zu treffen sind, dem entgegenzuwirken. In der Struktur gehe ich davon aus, dass die Ziele, die sich die Stadt setzt, über die Eigentümervertreter an die Gesellschaft weitergeleitet werden, damit in der Gesellschaft und durch die Geschäftsführung dem auch Rechnung getragen wird. Das zweite Argument ist jenes, dass ich auch als Mitglied im Gemeindeumweltausschuss schon angesprochen habe, vor drei oder vier Sitzungen war das, ich habe auf diesen Zielkonflikt hingewiesen und habe auch darauf hingewiesen, dass sich die Tochtergesellschaften in ihrem Eigenleben manchmal vielleicht unseren anderen Zielen, die wir in anderen Ausschüssen finden, also die konterkarieren können. Ich habe auch hier des öfteren das betont und erwirkt, dass an die Tochtergesellschaften herangegangen wird und der Wunsch herangetragen wird, wo auch sie ihren Beitrag zum einstimmigen Gemeinderatsbeschluss leisten können. Liebe Lisa, das ist bereits im Laufen. Der Dritte Punkt ist jener, den ich, nachdem ich zufälligerweise auch Aufsichtsratsvorsitzende dieser Gesellschaft bin, sehr wohl ein Strategiekonzept auf jeden Fall verlangt habe in der ersten Gemeinderatssitzung, die stattgefunden hat. Ein einstimmiger Aufsichtsratsbeschluss hat dazu stattgefunden und der Geschäftsführer, der der Marketingexperte ist, der angestellt ist in dieser Gesellschaft, wurde von uns beauftragt das Strategiekonzept bis zur nächsten Aufsichtsratssitzung vorzulegen. Diese Punkte sind im Laufen, deswegen stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Verzichtet auf das Schlusswort.

GRin. **Rücker:** Nein, aber sicher nicht. Die Logik möchte ich einmal verstehen können, ich denke mir, wenn wir die vor 20 Jahren gehabt hätten oder vor 30 Jahren,

wo wir alle geglaubt haben, dass das Auto unser Allheilmittel ist und alle Probleme löst, ok. Aber dass man heute noch hergeht...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Dir geht es auch nicht um den Feinstaub.

GRin. **Rücker:** ...um teures Geld Parkgaragen in die Stadt hineinbaut, damit man die Leute mit dem Auto in die Stadt holt, sie dann noch dazu animiert, darüber hinausgehend indem man ihnen Gratisparkplätze zur Verfügung stellt....

Zwischenruf GR. Schönegger: In Mariatrost haben wir noch nichts.

GRin. **Rücker:** ...sie mit ihren Auto in die Stadt hineinzieht ganz bewusst und dann zu reden, dass das den Feinstaub vermindert, das tut mir Leid, da kann ich nicht folgen. Das Zweite ist, die Handelsmarketingstrategie zielt offensichtlich auf eine Marketingform hin, ab, die eigentlich nicht aufgehen kann. Ist es möglich, eine Innenstadt in Konkurrenz zu setzen mit Einkaufszentren indem man dort in die Konkurrenz über die Parkplätze geht, das ist das Unlogischste was ich machen kann.

Zwischenruf GR. Schönegger: Das ist Wirtschaftspolitik.

GRin. **Rücker**: Die Einkaufszentren am Stadtrand können mit den Parkplätze immer besser abschneiden, das wissen wir, und wenn die Innenstadt glaubt, dass sie da in die gleiche Konkurrenz gehen muss und das gleich aufwiegen muss, ja dann müssen wir gleich alle Plätze zubetonieren und als Parkplätze anbieten, weil dann haben wir die Konkurrenz, dann können wir anbieten, dass jeder vor ein Geschäfts hinfahrt mit dem Auto.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Davon reden wir ja.

GRin. **Rücker**: Wenn das gewollt ist, dann entscheidet euch dafür, dann machen wir es, aber dann brauchen wir eine Zielsetzung. Ihr sagt aber gleichzeitig, dass in dieser Stadt ein Feinstaubproblem besteht und ihr habt es erkannt offensichtlich und ihr sagt, dass der ÖV ausgebaut werden muss und dass es möglich sein muss, in dieser Stadt weniger Autoverkehr zu haben und dann tut ihr genau in diese Richtung steuern.

Zwischenruf GR. Schönegger: Deswegen wollen wir Park-&-Ride haben.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Hätten Sie Mariatrost zugestimmt.

GRin. **Rücker**: Es ist unglaublich, ich verstehe diese Logik nicht. Es ist nicht nachvollziehbar. Und wenn wir in 20 Jahren zurückschauen, dann möchte ich nicht wissen, was dann ist. Die zweite Geschichte, dieses Strategiepapier, von dem die Rede ist, ist in diesem Gemeinderat nie vorgelegt worden. Ich habe es individuell bekommen, habe nachher die Auskunft bekommen, dass es das nicht gibt und wenn

hier Geld beschlossen wird in einer Höhe von 850.000,- Euro für drei Monate, dann wäre es das Mindeste gewesen, vorher zu wissen, wohin der Zug fährt.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Der Zug fährt nach Mariatrost.

GRin. **Rücker:** Das ist nicht passiert und das ist zu spät jetzt. Und ich möchte deswegen den zweiten Punkt im Antrag in Erinnerung rufen, der ganz klar sagt: Das nächste Geld beschließen wir nicht ohne Strategiepapier, dem wäre durchaus zuzustimmen gewesen, wäre kein Problem gewesen. Und die Frage ist wirklich, wie sich diese Stadt in der Verkehrspolitik entscheidet, wenn sie ihre übergeordneten Ziele definierten würde, dann wäre es das Mindeste und das ist nicht ein Wunsch (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) an die stadt eigenen Gesellschaften, dass sie vielleicht auch diese Ziele berücksichtigen, sondern dann sind sie dazu zu verpflichten, dass sie die übergeordneten politischen Ziele in ihrem Konzepten oder in ihrer Umsetzung auch verfolgen, und wenn das nicht passiert, dann läuft was in der Steuerung eklatant schief.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Einstellen der finanziellen Aufwendungen für das Friedensbüro

GRin. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! In der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, eine gute Einrichtung der Stadt Graz, das Kinderbüro, aus finanziellen Gründen zu schließen. Auch die zuständige Stadträtin, auf deren Initiative hin das Kinderbüro vor Jahren als einziges und erstes in Österreich gegründet wurde und der dieser Schritt sicherlich nicht leicht gefallen ist, war von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugt und hat die Entscheidung schweren Herzens mitgetragen.

Die finanzielle Situation wird aber neben dem Kinderbüro auch noch weitere Opfer fordern, dessen sind wir uns alle bewusst. Eine dieser von der Stadt betriebenen Einrichtungen, deren Bestehen in der derzeitigen Finanzsituation noch viel schwerer zu begründen ist als das angesprochene Kinderbüro ist das so genannte Friedensbüro.

Es ist aus heutiger Sicht nicht mehr vertretbar, wenn eine Kommune Büros dieser Art führt, auf der anderen Seite aber aus Einsparungsgründen Schulen, wie etwa die Riesschule, oder das Kinderbüro schließt.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivenberichtes beschließen, dass sämtliche finanzielle Aufwendungen für das Friedensbüro aufgrund der finanziell schlechten Situation der Stadt Graz eingestellt werden (*Applaus FPÖ*).

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Mit dieser Ankündigung und mit diesem dringlichen Antrag haben Sie eigentlich den meisten Mitgliedern des Gemeinderates, aber auch den Mitgliedern der Stadtregierung einen echten Schock versetzt und ich darf mich hier namens aller Fraktionen, die jetzt nicht am Antrag stehen, aber wenn ich die letzte Sitzung, die wir im Büro für Frieden und Entwicklung gehabt haben, gegen diesen dringlichen Antrag zur Wehr setzen, unter anderem auch deswegen, weil in den Statuten dieses Vereines geregelt ist und auch durch einen Gemeinderatsbeschluss es so verankert ist, dass der Bürgermeister der Stadt Graz der Protektor dieser Einrichtung ist. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich die Trägerschaft der Stadt Graz für den Verein Grazer Büro für Frieden und Entwicklung nicht nur in den diesbezüglichen finanziellen Aufwendungen, wie Personalsubvention, Sekretariat und Jahresdotation niederschlägt, sondern dass durch den Umstand, dass der Vorstand des Vereines im wesentlichen aus RepräsentantInnen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien, auch der Ihren besteht, auch gewährleistet ist, dass die Grazer Stadtpolitik parteienübergreifend den Kurs des Friedensbüros entscheidend mitbestimmen kann, soll und auch muss. Gemäß der geltenden Satzung dient die Tätigkeit des Vereines, und ich nehme an, dass Sie sich damit nicht intensiv beschäftigt haben, weil sonst würden Sie diesen Antrag nicht stellen. Da Bildungs- und Informations- und Aktionsarbeit in dem Bereich Frieden, Entwicklung und Menschenrechte und durch die Rolle der Gemeinderatsfraktionen im Vereinsvorstand hat die Stadt Graz im Büro für Frieden und Entwicklung in den genannten Bereichen ein wichtiges Instrument, dessen Aktionsradius und Möglichkeiten weit über den Bereich des Magistrates hinausgehen und ich betone ausdrücklich, dass wir in dieser Welt und auch in Städten nach wie vor zuviel Hass, zuviel Intoleranz, zuviel Rassismus, zuviel Gewalt haben und dass diese Einrichtung eine präventive Einrichtung ist, die uns helfen wird, auch in Zukunft friedlicher zu leben und den Ruf der Stadt Graz als Stadt der Menschenrechte stärkt. Wie wichtig die Einrichtungen sind, die sich friedenssichernden und konfliktpräventiven Maßnahmen auch im urbanen, im städtischen Reich widmen, hat man erst unlängst anhand der tragischen Ereignisse in Holland erneut erkennen müssen. Und ich darf Ihnen da auch gleich mitteilen, dass der interreligiöse Dialog, den wir in unserer Stadt haben, beispielhaft in der ganzen Welt ist und dass wir uns auch nur wünschen könnten, dass dieser friedliche gemeinsame Weg aller Kulturen und Religionen auch in Holland hätte begleitet

werden können in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Die finanzielle Gesamtentwicklung der Stadt Graz wurde selbstverständlich auch in den Vorschlägen innerhalb der Ressortzuständigkeit des Bürgermeisters, meiner Zuständigkeit Rechnung getragen. Die diesbezüglichen Vorgaben aus der Aufgabenkritik wurden beispielsweise auch dadurch erreicht, dass externe Einrichtungen, die sich in menschenrechtsbezogenen Themenbereichen bewegen und dadurch eine ähnliche Ausrichtung haben wie das Friedensbüro, beginnend mit dem Jahr 2005 nur noch degressiv gefördert werden können. Das heißt, wir haben ganz bewusst auch in dem Bereich dieser Arbeit Kürzungen hingenommen, weil wir eine Gleichbehandlung in allen Bereichen ja anstreben, aber das Büro für Frieden und Entwicklung wird weder durch einen dringlichen Antrag von Ihnen noch durch sonst einen Gewaltakt in dieser Stadt zurückgenommen. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen und ich darf namens aller übrigen Fraktionen, sowohl den Antrag als auch die Dringlichkeit ablehnen (*allgemeiner Applaus*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.

Mag. **Korschelt**: Danke, Herr Bürgermeister! Es geht mir nicht um den Inhalt dieses Friedensbüros und auch in keiner Weise will ich irgendetwas schmälern, irgendwelche Friedenstätigkeiten, um das geht es gar nicht sondern es geht darum, dass es immer wieder gerade hier von dieser Stelle betont wird, dass es eine Stadt gibt, der es finanziell ja nicht sehr gut geht und dass eine Stadt gewisse Kernaufgaben hat. Und meiner bescheidenen Meinung, das erlauben Sie mir noch, auch wenn ich Ihnen noch so einen großen Schock versetze, meiner bescheidenen Meinung nach glaube ich, dass es nicht Kernaufgabe der Stadt sein kann, eben so ein Büro zu führen, wenn man auf der anderen Seite hergeht und eben soziale Einrichtung, wie gerade der Kollege das gefordert hat, Bäder oder auch Schulen schließt dann. Das war der Sinn, der Zweck dieses Antrages, es sollte hier niemand diskriminiert werden oder sonst irgendetwas oder auch kein Zeichen gesetzt werden, des Rassismus, des Krieges oder was, sondern es geht rein darum, dass

ich der Meinung bin, dass eben eine Stadt in der jetzigen Situation sich so etwas nicht leisten kann. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Schließung von Schulen

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag.

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der letzten Gemeinderatssitzung haben Sie sehr glaubwürdig versichert, bei der Schließung der Volksschule Ries „Bauchweh“ zu haben. Auch aus den Medien war zu erfahren, dass Sie an der Rettung der Volksschule Ries in letzter Sekunde arbeiten, dass aber auch für die Wielandschule der Zug noch nicht abgefahren sei. Natürlich ist die finanzielle Situation der Stadt Graz mehr als angespannt, auch das Aufschnüren des Sparpaketes erscheint problematisch, doch auf der anderen Seite handelt es sich bei den beiden Volksschulen und der ebenfalls betroffenen Hauptschule Krones nicht wirklich um einen derart gewichtigen Finanzbrocken, als dass man über die berechtigten Sorgen und Proteste der Eltern einfach hinweggehen könnte.

Ich glaube, es wäre falsch, bei einer, im Vergleich zum Gesamtbudgets der Landeshauptstadt, finanziell nahezu unbedeutend geringen Finanzsumme ein parteipolitisches Taktieren, wie in den Medien bereits kolportiert, zuzulassen. Ich glaube viel wichtiger als das Zuschieben des „schwarzen Peters“ ist es, für die Bewohner, im konkreten Fall, für die Eltern und Kinder der betroffenen Schulen einzutreten.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass noch einmal alles versucht werden soll, um die drohende Schließung der Volksschulen Ries und Wieland sowie der Hauptschule Krones zu verhindern.

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Lieber Herr Kollege Korschelt, ich möchte auch noch die HS Pestalozzi erwähnen, Am Damm, die auch Stück für Stück abmontiert wurde, zuerst eine eigene Schule wurde, dann die Leitung verloren hat, als Expositur noch weitergelebt hat und jetzt also auch den Standort verlieren soll. Die Pisastudie ist in diesen Tagen in aller Munde, sie misst sehr viel, sehr viel, was in der Volksschule an Basisarbeit gelegt wird. Vielleicht ist das auch eine Anregung an den Herrn Bürgermeister, bezüglich der Landesbibliothek wirklich sehr effektiv bei seinen Parteifreunden in der Landesregierung vorstellig zu werden. Das Lesen ist ja nicht mehr unbedingt die liebste Freizeitbeschäftigung unserer jungen Menschen. Die Pisastudie misst sehr viel, sie misst natürlich nicht Kreativität, soziales Lernen, Teamfähigkeit usw. aber die Wurzeln der Leistungen, die gemessen wurden, liegen, wie gesagt, im Volksschulbereich. Nichtsdestotrotz entpuppt sich jetzt diese Studie, auch wenn sie nicht alles zu messen vermag, als traurige Dokumentation des Scheiterns schwarz/blauer Bildungspolitik. Wer ist jetzt schuld am Ergebnis? Zuerst waren es die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, am nächsten Tag waren es die Lehrerinnen und Lehrer, heute sind es die Eltern und die Frau Minister Gehrler ist noch immer im Amt. Wir brauchen in Graz, meine sehr verehrten Damen und Herren, Unterrichtsqualität, die vor allem in kleineren Einheiten verwirklicht ist. Gut funktionierende Einheiten dürfen nicht aufgelöst werden, daher stimmen wir dieser Dringlichkeit zu, genauso wie wir dem Inhalt zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Detlev, ich habe gedacht, du meldest dich zuerst und bin über die Passivität ein wenig erstaunt. Jetzt werde ich es halt zuerst machen. Die Chronologie: Am 12. Oktober, nur kurz wieder in Erinnerung geholt, Schulzusperrstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg macht einen Fehler und beharrt darauf, obwohl er lange zuvor schon davor gewarnt wurde. Und um noch einmal in Erinnerung zu rufen, die betroffenen Eltern, die LehrerInnen an den Schulen erfahren das Ganze aus der Zeitung. 14. Oktober, Gemeinderatssitzung darauf, Schulzusperrstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg beharrt weiter auf seinen Fehler und der Bürgermeister verweigert die Diskussion dazu mit dem Hinweis, es gibt noch keinen konkreten Grund zu diskutieren. Gemeinderatssitzung am 11. November, Volkspartei und SPÖ verweigern dem Antrag von Sigi Binder die Dringlichkeit und verweisen darauf, dass es noch kein Konzept gäbe über das zu diskutieren sei, nachdem man mit den Eltern der Wielandschule und der Volksschule Ries offenbar ins Gespräch gekommen ist, interessanterweise wird, obwohl es heißt in dieser Gemeinderatssitzung, es liegt noch kein Konzept vor, die Zeitung der Standard von Schulzusperrstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg mit dem Amtsvorschlag mit dem Konzept versorgt, das wir dann am nächsten Tag in der Zeitung nachlesen können und über das wir in der Gemeinderatssitzung nicht diskutieren durften. Ende November: Bürgermeister Nagl informiert die Eltern der Volksschule Ries, das ist der Bereich, den ich als betroffener Elternteil, wie Sie vielleicht wissen, eben auch aus der Betroffenenansicht mitverfolgen kann. Das heißt nicht, dass ich die Volksschule Wieland nicht mitdenken kann, Bürgermeister Nagl informiert die Eltern der Volksschule Ries, dass er den Entschluss gefasst hat, sich über die Erhaltung der Volksschule Ries mit der SP zu unterhalten und dass er bereit ist, quasi bis zum Äußersten zu gehen, alles zu tun, um diese Schule erhalten zu können, nachdem die Argumente der Eltern durchaus gute waren, wie uns auch aus seinem Büro bestätigt wurde. Die SPÖ reagiert, wie zu befürchten war, wenn die ÖVP was will, dann müssen wir auch was wollen dürfen und auch heute ist es wieder so, der letzte Punkt einstweilen in dieser Chronik, die Presse erfährt vor den Betroffenen, dass die Schulen definitiv tot sind. Möglichkeiten hätte es nach meiner Ansicht gegeben, ganz naiv gedacht und wenn man seitens der VP, seitens Detlev Eiselsberg vielleicht vorher erkannt hätte, dass der Amtsvorschlag kommunalpolitisch dumm, ich sage das wirklich, kommunalpolitisch dumm ist und für die Stadt durchaus schlecht. Wieder sieht man, dass eine Regierung, der es oberste Priorität und als

Gestaltungsprinzip und wohl auch als Leitfaden für die so genannte Aufgabenkritik die Proporzbuchhaltung im Auge hat, dass so einer Regierung dieser Stadt schadet und das wird heute deutlicher denn je. Naiv gedacht, hätte die SP sagen können, gut, Detlev Eiselsberg hat zugegeben, dass er einen Fehler gemacht hat, wir akzeptieren das und wir sehen, dass es gute Argumente gibt, die eine oder andere Schule offen zu halten, hätte sich staatsmännisch verhalten, nein, sie hat gedroht, auf Grund von ein paar tausend Euro das Budget zu kippen, hat das Ganze zu einer Fahnenfrage gemacht und hat damit einiges in der Stadt ruiniert und so wird diese Stadt ruiniert. Naiv gedacht hätte die VP auch intern Lösungen finden können. Ich denke 10 % des Budgets der Handelsmarketing GmbH Graz, das zwei Tage nach der Bekanntgabe der Schulschließungen hier im Gemeinderat mehrheitlich von Volkspartei und SPÖ beschlossen wurde, 10 % dieses Budgets würden die eine oder andere Schule auf immer und ewig erhalten können und der Stadt durchaus nützen. Ich weiß, das ist ganz naiv gedacht, aber es ist einfach eine Tatsache, 10 % hätten das getan. Ich habe es damals in der Gemeinderatssitzung auch gesagt, hätte man diese Gesellschaft nur im Jahr 2004 ausschließlich für die Monate mit Geld ausgestattet, in denen sie auch tatsächlich existiert, hätte man allein die Volksschule Ries für sieben Jahre erhalten können, aber wir haben da eine andere Antwort gekriegt, der Stadtrat Buchmann hat uns ja gesagt, die Gesellschaft kriegt das Geld für das, was sie alles hätte schon tun können, wäre sie schon im Jänner gegründet worden, wie sie ins Gespräch gekommen ist. Ich sage das ganze deshalb ein wenig zynisch, ich sage das ehrlich aus Selbstschutz, mir ist nämlich eigentlich zum Heulen und das sage ich Ihnen als Vater von zwei Kindern an der Volksschule Ries (*Applaus KPÖ und Grüne*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! In der Frage der Auffassung von Schulstandorten wurden in den letzten Wochen alle technisch organisatorischen, alle schulrechtlichen und natürlich vor allem alle pädagogischen Fragen eingehend diskutiert und aus meiner Sicht auch geklärt. Die aktuellen Vorschläge lauten nun für die Hauptschule Krones: Übersiedelung der Hauptschule in das Gebäude der Hauptschule Elisabeth mit dem Schuljahr 2005 auf 2006 und Neustart unter dem Namen Hauptschule St. Leonhard. Es handelt sich

also um eine Übersiedelung der Schule mit gleichzeitiger Auflassung des bisherigen Standortes, die pädagogischen Konzepte werden beibehalten, die Klassenverbände werden beibehalten und die LehrerInnen bleiben ihren Kindern erhalten. In weiterer Folge kommt es zur Aufnahme der verbliebenen Klassen der Hauptschule Elisabeth in den Schulverband mit dem Schuljahr 2006/2007. Ich möchte an dieser Stelle den Schulgemeinschaften, den Eltern und den LehrerInnen wirklich danken für das Verständnis für diese notwendige Vorgangsweise und ich möchte auch danken für die konstruktive Arbeit, die bisher in diesen Schulgemeinschaften geschah mit Blick in die Zukunft. Die Vorschläge für die Volksschule Ries und Volksschule Wieland lauten: Auflassung der Volksschule Wieland und der Volksschule Graz Ries mit Wirksamkeit 1.9.2006, keine Neueinschreibungen für die Schuljahre 2005/2006 sowie 2006/2007 und Zuordnung im Schuljahr 2006 auf 2007 der beiden verbleibenden Klassen der Volksschule Wieland zur Volksschule Brockmann und der Volksschule Ries zur Volksschule Berlinerring. Es wird sich dann also um Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Schulstufe handeln, wobei aus unserer Sicht auch sichergestellt wurde, dass Klassenverbände erhalten bleiben und die jeweiligen Klassenlehrer oder -lehrerinnen bei ihren Kindern bleiben können. Die Verschiebung der tatsächlichen Auflassung der Schulstandorte um ein weiteres Schuljahr stellt somit auch sicher, dass keine Kinder der zweiten Schulstufe übersiedeln müssen. Ich meine, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen das pädagogische gute Lösungen sind, die auch technisch, organisatorisch und schulrechtlich leicht umsetzbar sind. Mit diesen genannten Vorschlägen werden sich in den nächsten Wochen und Monaten demokratisch gewählte beziehungsweise auf Basis demokratischer Wahlergebnisse zusammengesetzte Gremien und Organe befassen. Die Bezirksräte der betroffenen Bezirke, der gemeinsame Schulausschuss, der Stadtsenat, das Kollegium des Bezirksschulrates sowie das Kollegium des Landesschulrates und letztlich auch die Steiermärkische Landesregierung. Eine weiterführende Behandlung dieses dringlichen Antrages hier und heute kann daher aus unserer Sicht, aus der Sicht von ÖVP und SPÖ, nicht als erforderlich erkannt werden, und vielleicht noch ein Wort zum Gemeinderat Fabisch. Die HS Pestalozzi wird mit zwei, maximal drei Klassen übersiedelt an einen Standort, an dem es sehr, sehr gute Synergien geben wird, gerade für diese Kinder, was Werkstättennutzungen und Berufsorientierungsvorbereitungen betrifft, wo es ausreichende Raumkapazitäten gibt und was mir besonders wichtig war von

Anbeginn der Diskussion, dass auch die Bezirksschulinspektoren das pädagogisch sogar befürworten. Zu Pisastudie, da gibt es sicher vielfältige Ursachen und Gründe, warum die Ergebnisse so sind, wie sie sind. Eines erscheint mir doch sicher: Kleine Standorte oder Kleinststandorte würden keine Garantie bedeuten für andere Ergebnisse, es gibt viele Fachmeinungen, die das sogar in Abrede stellen. Und, lieber Hermann Candussi, so wie ich als Sportreferent weitaus lieber Sportstätten eröffne als welche zu schließen, ist es natürlich mir auch ein Anliegen als Schulstadtrat, Schulstandorte zu eröffnen oder besonders gut auszustatten, aber insgesamt ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen es unumgänglich, dass wir mit den vorhandenen Ressourcen möglichst effizient umgehen. Und ich hätte diesen Vorschlag nicht mit dem Schulamt gemacht und ich hätte ihn nicht weiter verfolgt, wenn ich nicht persönlich davon überzeugt wäre, dass das keine unzumutbaren Vorschläge sind. Wir können es uns in diesen Zeiten einfach nicht leisten, nahezu in Rufweite oder in unmittelbarer Umgebung Schulstandorte, die halbleer sind, aber eine gute Infrastruktur haben, so weiterzuführen, wie sie eben sind und Kleinststandorte mit zum Teil erheblichen Investitionsbedarf gleichzeitig aufrecht zu erhalten. Danke (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auch für mich als Bewohner des Bezirkes Ries, der immerhin jetzt 17 Jahre im Bezirk Ries wohnt, hat natürlich, dieser Applaus klingt schon ein bisschen höhnisch, vor allem muss es den Bewohnern, gerade im Bezirk Ries natürlich in den Ohren so etwas höhnisch klingen, wenn der Herr Stadtrat auch sagt, dass das in Rufnähe, also da kommt mir vor, waren Sie noch nie in Ries, weil gerade die Schule Ries, also wo ist da was anderes in Rufnähe, das ist der Berlinerring und da muss man schon eine sehr laute Stimme haben, dass das in Rufnähe ist und auch der Applaus von gewissen Fraktionen, den finde ich wirklich sehr deplaciert. Aber mich wundert es nicht, ich bin das ja schon in meiner langjährigen Tätigkeit in der AK gewohnt, dass teilweise die rot/schwarze oder die schwarz/rote Dampfwalze über die Bewohner, über die Schüler eines Bezirkes oder mehrerer Bezirke einfach drüberfährt mit einem Argument oder mit einer Fülle von Argumenten, die für die Eltern, für die Lehrer, für die dort Beschäftigten meines Erachtens sicher nicht nachvollziehbar sind, weil es geht da

hier nur um den Justamentstandpunkt. Im Prinzip geht es darum, es ist ja darum gegangen, sperrst du mir mein Kinderbüro, dann sperre ich dir deine Schulen und das ist jetzt einzementiert...

Zwischenruf GRin. Meisslitzer: Stimmt ja nicht.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Was soll denn da?.

Mag. **Korschelt**: ...und mit diesem Argument, es ist für mich unvorstellbar, dass man 600 oder 700 Punkte in einem Sparpaket verschnürt und dann das sozusagen so hinstellt, als wenn es die letzten oder die zehn Gebote wären, dass es nicht möglich ist, das wieder aufzuschnüren.

Zwischenruf GR. Schönegger: Es geht um Verantwortung.

Mag. **Korschelt**: Es kann ja passieren, und da ist ja niemand gefeit, Fehler zu machen und auch hier bei diesem Paket sind sicher viele Fehler gemacht worden und gerade da ist es halt ein großer Fehler und gerade Fraktionen, die immer wieder sich auf ihre Fahnen geschrieben haben Bürgerbeteiligung, gerade Graz war immer wieder die Stadt der Bürgerbeteiligung, gerade im Bezirk Ries, weil in den anderen Schulen ist es vielleicht ein bisschen schwieriger, weil es da keinen geschlossenen Siedlungscharakter gibt. Aber gerade im Bezirk Ries ist es doch eine massive, und wie ich höre, gibt es da schon über 1000 Unterschriften für die Einleitung dieser

Volksbefragung bei immerhin zirka nur 3.800 Wahlberechtigten, also ist es fast ein Drittel, jeder Funktionär der im Saal sitzt, weiß, wie schwierig es ist, Unterschriften zusammenzukriegen und 1.000 Unterschriften in einem so kleinen Bezirk, da muss man sagen, nur Hut ab, da sollten bei den Großparteien schon die Alarmglocken schrillen. Aber sie schrillen bei ihnen nicht, es tut mir Leid, dass dieser Antrag abgelehnt wurde, ich kann nur für unsere Fraktion versichern, dass wir alles Mögliche unternehmen werden, diese Standorte weiter zu erhalten. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. Mag. **Candussi** zur Geschäftsordnung: Lieber Herr Bürgermeister! Ich möchte nur darauf hinweisen, dass du uns zwei Gemeinderatssitzungen lang gesagt hast, du bist dann bereit, über dieses Stück zu diskutieren, wenn ein Amtsvorschlag vorliegt beziehungsweise eine Entscheidung in der Stadtregierung gefallen ist. Diese Diskussion wäre leicht möglich gewesen, wenn du dafür gesorgt hättest, dass zumindest dein Klub der Dringlichkeit zugestimmt hätte.

Zwischenruf GRin. Gesek: Das hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun.

Mag. **Candussi**: Was zur Geschäftsordnung ist, steht in der Geschäftsordnung drinnen, kann ich da entscheiden, gnädige Frau Gesek? Ob Ihnen das jetzt gefällt oder nicht.

Zwischenrufe unverständlich.

Mag. **Candussi**: Ich nehme zur Kenntnis, dass die SP zu feig ist, da sogar zur Dringlichkeit Stellung zu beziehen und dass der Bürgermeister beziehungsweise die ÖVP diese Diskussion auch scheut (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Ich bitte um Zurücknahme.

Bgm. Mag. **Nagl**: Zuerst wäre es angebracht, Herr Gemeinderat, wenn Sie sich auch dafür entschuldigen würden, dass Sie da ein Wort wie feig in den Mund nehmen.

Zwischenruf GRin. Binder: Nein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und zur Geschäftsordnung, Herr Gemeinderat Candussi, du wirst die Geschäftsordnung ja auch kennen, die Geschäftsordnung sieht ja einmal vor, dass darüber abgestimmt wird in einem dringlichen Antrag und der geht jetzt so aus, wie er ausgegangen ist und damit gibt es keine Diskussion dazu und das ist auch zu akzeptieren und hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun. Herr Magistratsdirektor, gibt es dazu noch etwas zu vermelden? Es ist so, wie es ist.

Unterbrechung des Gemeinderates von 15.55 bis 17.25 Uhr.